

Ankündigungen aus Berlin und Brüssel, Kritik aus Kassel

Die Richtung stimmt, das Tempo nicht – das war auf dem Kasseler Abfall- und Ressourcenforum 2023 des Witzenhausen-Instituts vielfach zu hören. Im Rahmen der Veranstaltung in Kassel sprachen über 60 Referent*innen aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis zu aktuellen Themen der Abfallwirtschaft. In diesem Jahr fand das Forum zum 34. Mal statt. Die Pandemie hat man hinter sich gelassen, die Veranstaltung fand ohne Option zur Onlineteilnahme statt.

Bei der Eröffnung stellte Klaus Wiemer vom Witzenhausen-Institut die historische Dimension in den Mittelpunkt: Beim ersten Forum hat die Ostmark als Währung noch existiert. Seitdem habe sich jedoch vieles zum Guten gewendet, etwa in Form verschwundener Deponien. Manches Schlechte wie Vollzugsdefizite seien jedoch geblieben.

Thomas Grundmann, Vorstandsvorsitzender der ASA, blickte auf die jüngere Vergangenheit und konstatierte, der Wandel zur Kreislaufwirtschaft gehe noch zu langsam. Immerhin werde Abfall aber inzwischen als Ressource wahrgenommen. „Nachhaltigkeit ist von einer Nebensache zu einer Hauptforderung geworden“, betonte Grundmann auch mit Blick auf die UN-Agenda 2030, die weit über reinen Umweltschutz hinausgehe.

Als Vertreter*innen der Politik waren sowohl Hendrik Engelkamp von der Europäischen Kommission als auch Susanne Lottermoser vom Bundesumweltministerium in diesem Jahr zum ersten Mal auf dem Forum.

Sie gaben Einblicke in aktuelle Entwicklungen in Brüssel und Berlin. Engelkamp referierte über Maßnahmen zur Erreichung einer Kreislaufwirtschaft, mit denen sich die EU aktuell beschäftigt, darunter:

- Batteriedirektive
- POP-Verordnung
- Abfallverbringungsverordnung
- Nachhaltige Produkte
- Nachhaltige und zirkuläre Textilien
- Abfallrahmenrichtlinie
- Erweiterte Herstellerverantwortung
- Informationsrechte für Verbraucher
- Green-Claims-Initiative
- Baumaterial-Verordnung

Für das Bundesumweltministerium sprach Lottermoser über die kreislaufwirtschaftliche Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen, die als Beitrag zu Klimaneutralität und Dekarbonisierung „unbedingt hervorzuheben“ sei. Die Umsetzung verschiedener Maßnahmen sei jedoch nach wie vor „noch nicht so zufriedenstellend“. Die Referentin betonte auch,

dass die herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine unter anderem dazu führten, dass das Thema Kreislaufwirtschaft bei der Politik mit anderen Themen konkurriere – obwohl der Verbrauch von Rohstoffen eine „wichtige Stellschraube“ darstelle, um die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft zu stabilisieren. Auch der Beitrag des zirkulären Wirtschaftens zu Klimaneutralität und Dekarbonisierung sei „unbedingt hervorzuheben“. Dass die öffentliche Hand hier nicht als Vorbild dient, ist Lottermoser bewusst. So müsse die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen auch bei der öffentlichen Beschaffung noch erhöht werden.

Während die Erwartungen also klar sind, ist die Umsetzung also „noch nicht so zufriedenstellend“. Richten soll es wieder einmal eine neue Strategie. Neben der Kreislaufwirtschaftsstrategie verwies Lottermoser auf Runde Tische mit Fachexpert*innen aus den Branchen und Stoffströmen. Auch verschiedene Verordnungen würden aktuell

Auf dem Witzenhausen-Forum (von links): Klaus Wiemer, Thomas Grundmann, Hendrik Engelkamp, Peter Kurth, Patrick Hasenkamp, Henry Forster, Alexander Gosten.



im Ministerium behandelt werden, etwa die Bioabfallverordnung, die seit 2015 gilt, aber immer noch nicht dazu geführt hat, dass wirklich flächendeckend getrennt gesammelt und verwertet wird. Sie solle „in dieser Legislaturperiode neu gefasst“ werden.

Erwartungsgemäß beantworteten die Vertreter der Verbände auf dem Forum die Vorträge der Politik nicht mit wohlwollendem Dank, sondern mit konkreten und verbindlichen Erwartungen. Neben Klaus Wiemer vom Witzenhausen-Institut und Thomas Grundmann von der ASA stellten weitere Verbandsrepräsentanten in ihren Vorträgen Forderungen an die Politik: Patrick Hasenkamp (VKU), Peter Kurth (BDE), Henry Forster (byse) und Alexander Gosten (DGAW) kritisierten unter anderem, dass ein Ende der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle in Europa immer noch nicht absehbar sei. Komme es nicht bald, sei „das Bekenntnis zur Klimaneutralität ein bisschen wackelig“, so Kurth. Eine Verschärfung von Grenzwerten sei wünschenswert, aber wenn

sie dazu führe, dass an Recyclingmaterialien strengere Anforderungen gestellt werden als an Primärmaterial, diene diese Entwicklung der Kreislaufwirtschaft nicht, so der BDE-Präsident weiter. Die Vollzugsdefizite, die Kurth in all den Jahren als regelmäßiger Gast des Witzenhausen-Forums beobachtet habe, seien allmählich „nicht mehr lustig“, so sei etwa die Getrenntsammlung des Gewerbeabfalls „grotteschlecht“. Kurth forderte Vollzugsinitiativen: Defizite sollten nicht nur festgestellt werden, es müsse auch daran gearbeitet werden, sie zu beheben.

Forster mahnte im Namen der byse-Mitglieder vor allem Planungssicherheit an, die besonders für den Mittelstand wichtig sei. Er setzte sich außerdem für einen realistischeren Blick auf die Branche ein: Wer die Kreislaufwirtschaft wolle, müsse auch Müllverbrennungsanlagen und Deponien akzeptieren. Wer keine Abfallexporte wolle, müsse akzeptieren, dass die lokale Verwertung durch höhere Preise für Energie und Arbeit teurer sein könne. Für die öffentliche Hand forderte er zudem ein Rückbaugesetz; Ausschreibungen mit einem Verbot von RC-Materialien sollten sofort vermieden werden – es wäre schön, so Forster, wenn die öffentliche Hand beginne, besser auszuschreiben, bevor ein Gesetz sie dazu zwingt.

Patrick Hasenkamp vom VKU betonte allerdings, bei der Beschaffung dürfe das Augenmerk nicht nur auf das Public Procurement gerichtet werden, auch private Unternehmen müssten stärker betrachtet werden. Hinsichtlich des Gewerbeabfalls stimmte der Vertreter der Kommunalwirtschaft seinen Vorrednern zu, deutlich wurde jedoch, dass die Sichtweise bei den Verantwortlichkeiten auseinandergeht.

Die Kreislaufwirtschaft müsse der Industriestandard werden, forderte Alexander Gosten. Dafür müssten Gesetze und Verordnungen noch viel stärker wirtschaftliche Anreize schaffen als bislang. Ein Problem sei, dass das Abfallrecht Abfall grundsätzlich eine Gefahr unterstelle. Dadurch würden Sekundärrohstoffe diskriminiert. Von diesem Zustand müsse man sich verabschieden, so Gosten – nötig sei keine Abfallhierarchie, sondern eine Produkthierarchie.

In eine ähnliche Kerbe schlug Peter Kurth im Rahmen der Podiumsdiskussion: Die Transformation der Wirtschaft nicht im Wirtschafts-, sondern im Umweltministerium zu gestalten, werde sich noch als Irrtum herausstellen, so die Prognose des BDE-Präsidenten. Die Verbandsvertreter waren sich einig, dass der Föderalismus auf bundesdeutscher und europäischer Ebene den Weg zur Kreislaufwirtschaft zeitweise steinig gestaltet. Das Bewusstsein über diesen Umstand dürfe aber nicht dazu führen, Maßnahmen ohne Abstimmungen und Konsens zu beschließen. Vielmehr bedürfe es verstärkter Anstrengungen, um das vereinbarte Ziel anzusteuern.

Ankündigungen umsetzen

Wie lassen sich Klimaneutralität und Dekarbonisierung erreichen, und welche Rolle spielen Entsorgungs-, Abfall- und Kreislaufwirtschaft dabei? Mit diesen Fragen beschäftigten sich in Kassel Vertreter*innen aus Industrie und Wissenschaft. In weiteren Vorträgen ging es beim Witzenhausen-Forum wie gewohnt um die Praxis. Referent*innen behandeln Themen wie Bio- und Gewerbeabfall, Kunststoffrecycling, Deponierung und Verbrennung. Deutlich wurde dabei, dass thermische Verwertung und die sichere Entsorgung auch künftig ihren Platz behalten werden. Ebenso klar wurde jedoch, dass allen Beteiligten daran gelegen ist, die Kreisläufe immer weiter zu schließen. Dass diese Ambition nicht trivial ist, zeigte sich in verschiedenen Beiträgen – nicht zuletzt zum chemischen Recycling, das den Konkurrenzkampf um die Mengen noch verschärfen dürfte.

Bei Umwelt- und Klimaschutz wird Deutschland zuweilen vorgeworfen, ein „Ankündigungsweltmeister“ zu sein – eine Kritik, die sich auch die EU gefallen lassen muss. Der Zeitraum, in dem die Mitgliedsländer beweisen können, dass sie Maßnahmen auch umsetzen können, wird kürzer. Auch auf dem 35. Abfall- und Ressourcenforum werden die Vertreter*innen der Politik sich wieder daran messen lassen müssen, was sie im vergangenen Jahr erreicht haben – und in welchen Punkten sie sich auf das Ankündigen beschränkt haben. *Marius Schaub*